Front machen gegen vielfältige Prekarisierung.
Kämpfen für ein Verbot der Leiharbeit.
Keine Dumping Tarifverträge bei Leiharbeit.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Schleichend findet in Deutschland eine grundlegende Umwälzung hin zur Prekarisierung der Arbeit statt. Leiharbeit, Werkverträge, befristete Arbeitsverhältnisse, erzwungene Teilzeit, Billiglohn- Jobs, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse… die Facetten sind vielfältig, ständig kommen neue hinzu.

Führende Gewerkschaftsfunktionäre proklamieren die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der „eigenen" Wirtschaft als Gewerkschaftsaufgabe. Folge ist die nur halbherzige Bekämpfung dieses Prozesses.
Kritiker (auch in den Gewerkschaften selbst) werfen ihnen Wettbewerbskorporatismus vor und, dass sich die gewerkschaftliche Interessenvertretung immer mehr auf die Kernbelegschaften der tarifgebunden Betriebe reduziert, während (auch innerhalb derselben, vor allem aber auch neben ihnen) ein Heer krass unterbezahlter und weitgehend rechtloser Beschäftigter entsteht.
(Aber Dumping- Konkurrenz, StandortKonkurrenz, Wettbewerbskorporatismus, drücken natürlich auch auf den Standard, das Selbstbewusstsein, die Kampfkraft der Stammbelegschaften.

Weit mehr als ein Drittel aller Arbeitsverhältnisse in Deutschland sind bereits prekär.
Über acht Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnbereich.
Die Tarifbindung ist in der ehemaligen DDR auf unter 40 %, in der ehemaligen BRD auf unter 60% gefallen.

Im Wesentlichen hat diese Entwicklung in Deutschland drei wesentliche Auswirkungen:

1) Lohn- und Sozial- Dumping ist die Basis der Exportüberschüsse, die wiederum die ökonomische **Basis des Deutschen Imperialismus bilden, seine Vorherrschaft in Europa und weltweit auszubauen**
   + auch Beschäftigten in anderen Ländern sein Lohn- und Sozialdiktat aufzuzwingen, von wo aus das Dumping zurückkommt, **ein Amokkreislauf entsteht.**
   + andere Volkswirtschaften nieder zu konkurrieren und damit die Verschärfung der Überproduktionskrise (soweit sie durch mangelnde Massenkaufkraft bedingt ist) immer noch weiter zu treiben. **Ein Amokkreislauf entsteht.**
     Die Exportüberschüsse der Einen sind nun mal die Handelsbilanzdefizite der Anderen.
     (So zerstören die auf Dumping fußenden Exportüberschüsse auf Dauer sogar die Möglichkeit sinnvoller Exporte. **Ein Amokkreislauf entsteht**
   + Nicht zuletzt ist diese Entwicklung auch einerseits materielle Grundlage und andererseits Triebkraft der zunehmenden militärischen Aggressivität. Militärische Gewalt und Repression rücken immer mehr ins Zentrum der imperialistischen Ökonomie. **Noch ein Amokkreislauf**

2) Lohn- und Sozialdumping führt zur zunehmenden **Verarmung der Bevölkerung**, nicht nur der direkt Betroffenen.
   + Der prekär Beschäftigten
   + Aller die von den sozialen Sicherungssystemen abhängig sind. Arbeitslose/Kranke/Rentner
   + Auch der Stammbelegschaften in den Tarifgebunden Betrieben, auf deren Löhne und Beschäftigungsbedingungen Dumping naturgemäß enormen Druck ausübt. **Ein Amokkreislauf**
3) Lohn und Sozialdumping **verändert grundlegend das Kräfteverhältnis** zwischen den Klassen (in Deutschland und weltweit), wie eingangs skizziert.
   Seit der Niederlage des sozialistischen Weltsystems möglicherweise der gravierendste Einbruch in dasselbe. **Auch das ein Amokkreislauf.**

So betrachtet ist der Kampf gegen Prekarisierung die vielleicht wichtigste betriebs- gewerkschafts- und sozialpolitische Herausforderung auch an unsere Partei.

Nicht der einzige, aber aktuell wohl mobilisierungsfähigste Bereich ist hier momentan wohl

der Kampf um die Abschaffung der Leiharbeit
und (auf dem Weg dahin) der Kampf gegen Dumping durch dieselbe.

Eine notwendige gesellschaftliche Aufgabe der ganzen Partei, die auch die Diskussion innerhalb der Gewerkschaften und kritisches Hinterfragen derer Positionen beinhalten muss.

Aus der (zumindest in Baden Württemberg) einst zu Recht gestellten IG- Metall- Forderung „Leiharbeit abschaffen“ ist die Forderung „Leiharbeit fair gestalten“ geworden.

Ein weites Feld! Schließlich wäre Leiharbeit noch nicht einmal fair, wenn sie gleich den übrigen Beschäftigten entlohnt würde. Schließlich ist es nicht zuletzt die mit ihr verbundene ständige Perspektivlosigkeit und Unsicherheit, die auf die Entfaltungsmöglichkeiten der Betroffenen drückt.

Aber noch nicht einmal die Branchenzuschläge (beispielsweise in den IG- Metall-Tarifverträgen) gewährleisten equal pay (gleichen Lohn) oder equal treatment (gleiche Arbeitsbedingungen). Sie beziehen sich nur auf den nackten Tariflohn und lassen wichtige Elemente, wie z.B. Leistungszulagen, Schichtzulagen usw. außen vor. Außerdem schreiben sie ausdrücklich fest, dass equal pay eben nicht erreicht werden darf.

Noch gravierender ist aber die Tatsache, dass die DGB- Tarifverträge für Leiharbeit, selbst als Dumping Tarifverträge wirken. Sogar nach geltender EU- Richtlinie müsste equal pay und equal treatment in den Entleiherbetrieben (voll und vom ersten Tag an) gelten.
Das ist im deutschen Arbeitsrecht in abgeänderter Form umgewandelt worden und gilt hierzulande nur, wenn es für die Leiharbeiter keine abweichenden Tarifverträge gibt.

Dass der DGB aber selbst (mit den Leiharbeitsfirmen) Dumping- Tarifverträge nahe der Armutsgrenze abgeschlossen hat, wurde früher damit begründet, es sei ein Schutzwall gegenüber den (noch schlechteren) Tarifverträgen der (so genannten) Christlichen Gewerkschaften. Inzwischen ist aber dem „Christlichen Gewerkschaftsbund“ die Tariffähigkeit abgesprochen worden, seine Tarifverträge sind damit null und nichtig.

Gäbe es die DGB- Tarifverträge nicht, gälten equal pay und equal Treatment.

Der DGB könnte jetzt den Schaden beheben. Er kann Ende April dieses Jahres diese Tarifverträge kündigen und bräuchte sie einfach nicht zu verlängern. (So einfach kann manchmal die Welt sein). **Das will er aber nicht.**

<u>Der Sprecherrat ruft deshalb die DKP- Baden Württemberg auf:</u>

Werdet aktiv gegen die Prekarisierung in ihrer vielfältigen Form.

- **Unterstützt die Kampagne für ein Verbot der Leiharbeit.**
- **Keine Dumping Tarifverträge bei Leiharbeit**

Tragt diese Forderungen in die Öffentlichkeit und in die gewerkschaftliche Diskussion.

Der Sprecherrat des Bezirksvorstandes
der DKP- Baden Württemberg.

Anhänge:

- ***Netzwerkinfo der Gewerkschaftslinken***
- ***Unterschriftenliste der Gewerkschaftslinken***
- ***Ein Artikel (Entwurf) den unser Sprecher für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit (Manfred Jansen) für das Stuttgarter Bündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ geschrieben hat.***